



# iran-report

Nr. 04/2005

## ایران رپورت

### I. Innenpolitik

Im Wortlaut: Erklärung der 565 / Proteste gegen Verletzung der Menschenrechte / Brandanschlag auf Teheraner Frauen-Verlag / Taktik oder Sinneswandel bei Justiz? / Parlament beschließt Mittel für den Kampf gegen US-Politik / Lehrer protestieren vor dem Parlament / Zehnprozentiger Anstieg der Aidskranken im letzten Vierteljahr

### II. Wirtschaft

Fast zehn Millionen Jugendliche auf der Suche nach Arbeit / USA wollen Pipeline-Projekt verhindern / US-Sanktionen erneuert / Neue Öl- und Gasquellen entdeckt / Täglich transportieren rund 400 LKW Waren in den Irak / Turkcell beugt sich dem Parlament / Fünf Faktoren zur Arbeitslosigkeit

### III. Außenpolitik

Atomverhandlungen drohen zu scheitern / Pakistan will IAEA bei Prüfung von Irans Atomprogramm helfen / Pakistans Atomforscher Khan lieferte Zentrifugen an Iran / Ukraine gibt Verkauf von nuklearfähigen Waffen an Iran und China zu / Israel hat einen Plan für Angriff auf Iran / USA beschuldigen Iran der Menschenrechtsverletzung / Fünfzig Millionen Dollar Aufbauhilfe für Afghanistan / Iran begrüßt Wahlen im Irak / Iranischer Exdiplomate wegen Attentatsversuch auf Mubarak verurteilt



*Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung.*

*Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar.*

*Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 05/2005 Anfang Mai) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.*

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im April 2005

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Heinrich-Böll-Stiftung

lorenz@boell.de

Fax: 030-285 34 - 494

Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

4. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung

Hackesche Höfe

Rosenthaler Str. 40/41

10178 Berlin

Tel: 030-285 34 - 0

Fax: 030-285 34 - 109

Email [info@boell.de](mailto:info@boell.de)

[www.boell.de](http://www.boell.de)



## I. Innenpolitik

### Erklärung der 565

565 Intellektuelle, Professoren, Studenten, Politiker und Journalisten, darunter namhafte Reformen und Dissidenten haben am 3. März 2005 in Iran eine Erklärung veröffentlicht, die allgemein als Neubeginn einer sich formierenden, radikalen Reformbewegung eingeschätzt wird. Die Erklärung zeichnet sich dadurch aus, dass sie sich im Gegensatz zu den bisher veröffentlichten Stellungnahmen oppositioneller Gruppen nicht mit allgemeinen Kritiken begnügt, sondern ganz konkret auf die zurzeit herrschende wirtschaftliche, soziale und politische Krise hinweist und diese mit offiziell veröffentlichten Daten belegt.

Die Unterzeichner stellen fest, dass die bisherige Reformbewegung gescheitert ist, dass es ohne grundlegende, strukturelle Reformen, die auf der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der Charta der Vereinten Nationen basieren, weder soziale Gerechtigkeit noch Freiheit und Demokratie geben kann. Sie fordern die Machthaber dazu auf, sich endlich dem Willen des Volkes zu beugen und vor allem bei der bevorstehenden Präsidentschaftswahl im Juni freie Wahlen zu garantieren.

Die Erklärung hat in Iran sowie bei Iranern im Exil parteiübergreifend eine große Zustimmung erhalten. Sie wird allgemein als ein Manifest betrachtet, auf dessen Grundlage sich die zersplitterte Opposition im In- und Ausland zu einer einheitlichen antidiktatorischen, demokratischen Bewegung formieren könnte. Wir dokumentieren die deutsche Übersetzung der Erklärung im vollen Wortlaut:

Im Namen Gottes,  
Liebe Landsleute,

Während die Machthaber und ihre ernannten Handlanger versuchen, das Volk mit dem Vorspiel zu den Staatspräsidentenwahlen zu beschäftigen, befindet sich unser Land politisch, sozial, kulturell und wirtschaftlich in einer der tiefsten Krisen seiner Geschichte. Die Konflikt erzeugende Außenpolitik Irans hat dazu geführt, dass zurzeit

die Interessen unseres Landes von allen Seiten bedroht werden.

In diesen Tagen wurde ein Plan zur Bildung eines „Groß Azarbaidschan“, das den nördlichen Teil Irans einbeziehen soll, bekannt. Man versucht, zu verhindern, dass die Pipelines zum Öllexport aus den Ländern Mittelasiens über Iran laufen und dass Iran über Pakistan Erdgas nach Indien exportiert. Während Qatar aus den gemeinsamen Öl- und Gasquellen im Persischen Golf immer mehr Profite schöpft, sinkt zunehmend der Einfluss Irans in dieser Region. Die Emirate werden ermuntert, ihren unbegründeten Besitzanspruch auf die drei iranischen Inseln im Persischen Golf (Großtomb, Kleintomb, Abu Mussa - d. Ü.), die stets Iran gehörten, geltend zu machen. Es wird versucht, Irans berechnete Teilnahme an internationalen Organisationen wie die Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation (WTO) zu verhindern. Alles wird daran gesetzt, dass Iran nicht den Vorsitz der OPEC übernimmt. Airbus-Flugzeuge und Ersatzteile für Boeing-Maschinen sollen nicht an Iran verkauft werden. International ist eine Atmosphäre des Misstrauens gegen den Wunsch Irans auf Aneignung der Atomtechnologie erzeugt worden. Das alles ist nur ein kleiner Teil der Verletzungen, die auf internationaler Ebene den Interessen unseres Landes zugefügt werden.

Wem nutzt diese Außenpolitik, die uns nur Feinde schafft, die den Import der für uns lebenswichtigen Technologien, die Entwicklung unserer Wirtschaft und die wirtschaftliche, technische und kulturelle Zusammenarbeit mit der Außenwelt verhindert?

Heute ist Iran im siebenundzwanzigsten Jahr der Revolution, einer Revolution, die Unabhängigkeit, Freiheit und soziale Gerechtigkeit ankündigte, mit zahlreichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Problemen konfrontiert. Die Jahrzehnte lange Missachtung unserer Geschichte, Kultur und Zivilisation haben die Massen unseres Volkes, insbesondere Jugendliche, von der Liebe zum eigenen Land weit entfernt. Ohne Hoffnung auf eine bessere Zukunft verfallen sie der Resignation. Ein beachtlicher Teil von ihnen begibt sich ins moralische Verderben und in die Drogensucht, sucht Zuflucht in Illusionen und flüchtet vor sich selbst und den Realitäten. Der Drogenkonsum



steigt, die Schlägereien auf den Straßen werden immer häufiger. Mehr als fünf Millionen Akten über private Konflikte, Besitzklagen und kriminelle Delikte liegen bei den Gerichten. Allein in den vergangenen sechs Monaten wurden 164000 Verkehrstote und Verletzte, zahlreiche Selbstmorde unter den Schülern in Teheran und mehrere tausend Selbstmorde bei jungen Frauen und Männern im ganzen Land registriert. Mehr als hunderttausend Menschen befinden sich in langjähriger Haft. Über sechzig Prozent unter ihnen sind drogensüchtig und leiden unter verschiedenen Krankheiten. Es gibt mehr als elf Millionen Drogenabhängige und mehrere Zehntausend Aidsinfizierte. Die Anzahl der Obdachlosen, die die Nächte in Kartons verbringen sowie die Zahl der Straßenkinder haben stark zugenommen. Allein in den letzten Tagen sind Dutzende Obdachlose erfroren.

Der Warenschmuggel hat in diesem Jahr die Grenze von fünfzehn Milliarden Dollar erreicht. Kapitale und Fachkräfte fliehen ins Ausland. Ein Fünftel der arbeitsfähigen Bevölkerung ist arbeitslos, darunter ein Drittel der Menschen zwischen zwanzig und fünfunddreißig Jahren. Am stärksten sind studierte Frauen in den Städten von der Arbeitslosigkeit betroffen. Viele jungen Männer und Frauen können wegen Arbeitslosigkeit und Armut nicht heiraten, was dazu führt, dass zahlreiche Frauen dauerhaft ledig bleiben und ins Verderben getrieben werden. Mindestens ein Viertel der Dörfer sind infolge der Landflucht menschenleer. Der moralische Verfall, insbesondere bei Neureichen und in den Kreisen um die Machthaber ist beängstigend. Frauen und junge Männer werden ins Ausland verkauft. Diebstahl, Messerstechereien, Mord und Vergewaltigungen häufen sich. Das sind nur einige Beispiele, die auf die sozialen und kulturellen Ungerechtigkeiten hinweisen sollen, Ungerechtigkeiten, die die Moral und Kultur unserer Familien bedrohen und sie an den Rand des Verderbens gebracht haben.

Das stets schwer arbeitende Volk Irans, Kulturschaffende, Professoren, Ärzte, Krankenschwestern, Unternehmer, Basaris, Landwirte, Viehzüchter, Jäger, Arbeiter, Handwerker und die ehrwürdigen Staatsbedienstete, waren immer bestrebt, für den Lebensunterhalt ihrer Familien zu sorgen und die Ehre ihres Landes aufrechtzuerhalten. Die Natur hat in den vergangenen Jahren

unserem Land ihre Gunst erwiesen. Die natürlichen Quellen, die Bodenschätze wurden maßlos ausgebeutet. Die Einnahmen aus dem Öllexport und dem Verkauf industrieller und landwirtschaftlicher Produkte haben die Grenze von fünfhundert Milliarden Dollar überschritten. Sämtliche Wirtschaftszweige konnten fast kostenlos über Energie verfügen. Dennoch war die iranische Wirtschaft nicht imstande, das vorhandene Potential für eine tatsächliche Entwicklung des Landes einzusetzen. In den ersten achtzehn Jahren nach der Revolution, das heißt zwischen 1979 und 1997, verzeichnete die Wirtschaft ein jährliches Wachstum von 1,3 Prozent. Dieses hat sich in den letzten acht Jahren auf 2,5 Prozent erhöht. Die Bevölkerung hat sich seit der Revolution verdoppelt. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen lag im Jahre 2004 nach damaligem Wechselkurs bei 1677 Dollar im Jahr, das heißt um dreißig Prozent weniger als vor 27 Jahren.

Die Unfähigkeit der Regierung, die Deviseneinnahmen produktiv einzusetzen, hatte zu Folge, dass der Arbeitsplatzmangel, insbesondere bei Jugendlichen, nicht behoben und der allgemeine Lebensstandard nicht gebessert werden konnte. Korruption und Sittenverfall, Missbrauch der Finanzquellen durch Stiftungen und Institutionen, die den Machhabern unterstanden und daher keine Steuern zahlten, die chaotischen Verhältnisse in der Produktion und bei der Arbeit, die Verbreitung von Verschwendungssucht und Bestechungsmentalität haben in der Bevölkerung zur allgemeinen Gleichgültigkeit und Resignation geführt. Die Lebensfreude und der würdevolle Stolz wurden ausgelöscht. Kein Wunder, dass die Produktivität und Arbeitseffektivität einen stark negativen Trend aufweisen.

Das Wirtschaftswachstum, das in offiziellen Statistiken auftaucht und teilweise auch tatsächlich der Realität entspricht, ist zum größten Teil auf den Anstieg der Ölpreise zurückzuführen. Demgegenüber haben sich die Importe um das zweieinhalb Fache, das heißt seit 1997 um mehr als vierzehn Milliarden Dollar erhöht. Der Warenschmuggel hat sich vervierfacht. Gewinnsüchtige, zerstörerische, unproduktive Investitionen sind in Prunkbauten und im Handel getätigt worden. Die monopolisierte, konkurrenzlose Produktion von Fahrzeugen hat in den Städten eine Luft zum Ersticken erzeugt. Diese Wirtschaftspolitik hat



rund fünfzig Prozent der Bevölkerung unter die Armutsgrenze getrieben, die Inflation rapide steigen lassen und dazu geführt, dass sich große Reichtümer in den Händen von einer kleinen Minderheit (weniger als zwei Prozent der Bevölkerung) angehäuft haben.

Die Verwaltung wird immer weiter aufgebläht, die schwer kranke Bürokratie erweist sich immer mehr als Hemmschuh. Intellektuelle, Schriftsteller, Journalisten, politischen Aktivisten und die emanzipatorischen Studentenbewegungen werden unterdrückt, was bedauerlicherweise von der Justiz tatkräftig unterstützt wird. Die Bürgerrechte, die Gleichheit der Rechte der Frauen und Männer werden permanent missachtet. Die von ethnischen und nationalen Minderheiten bewohnten Regionen werden wirtschaftlich vernachlässigt. Diese Minderheiten erhalten bei der Vergabe der Leitungsposten innerhalb der Verwaltung nicht die gleichen Chancen. Das erzeugt bei diesen Landsleuten eine höchst negative Stimmung, was eine besorgniserregende Gefahr für die nationale Einheit und territoriale Integrität unseres Landes darstellt.

Liebe Landsleute,

diese krisenhaften Zustände und die höchst problematische politische, soziale, kulturelle und wirtschaftliche Lage bedrohen ernsthaft die nationale Unabhängigkeit und solidarische Einheit unseres Landes. Was müssen wir also tun, um aus dieser Krise herauszukommen? Wie können wir die Existenz unseres Landes bewahren und Glück, Wohlstand und Würde für unser Volk garantieren?

Wir Unterzeichner dieser Erklärung haben weder die Absicht, Unsicherheit und Unruhe zu stiften, noch besitzen wir Waffen, um das System zu stürzen. Wir besitzen genug Weitsicht und Verstand, um beurteilen zu können, dass unter den gegenwärtigen Umständen jede Unruhe und Aufruhr in unserem Land und in der Region unserem Volk schaden würde. Und wir haben Erfahrung genug und wissen, dass wir das Land nicht ins Ungewisse führen können.

Wir sind davon überzeugt, dass die Machthaber die Macht weiterhin monopolisieren wollen. Sie haben antidemokratische Instanzen gegründet und ernannte Institutionen, an deren Spitze der Wächterrat steht, in ihren Dienst gestellt. Damit haben sie einerseits

dem Volk das Recht genommen, frei zu wählen und andererseits die Regierung des Landes denen in die Hand gelegt, die keinerlei Fachkompetenz, Erfahrung, Pflichtgefühl und Führungsqualitäten besitzen. Diese krankhafte Denk- und Vorgehensweise hat unser Land in die Sackgasse getrieben und die Regierung und den Staat unfähig gemacht, Lösungen für die anstehenden Probleme anzubieten.

Wir sind der Meinung, dass eine nicht gewählte, selbsternannte Macht unfähig ist, die nationalen und existenziellen Interessen des Landes zu erkennen, diese nach außen zu verteidigen und im Inneren Lösungen für die anstehenden Probleme vorzulegen. Einer solchen Macht fehlt jede Kompetenz und Legitimität zur Staatsführung.

Die oben genannten Unzulänglichkeiten und Unfähigkeiten der herrschenden Macht und die Tatsache, dass die Mehrheit des Volkes spontan die Teilnahme an den zweiten Kommunalwahlen sowie den siebten Parlamentswahlen verweigert hat und dazu tendiert, auch an den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen nicht teilzunehmen, liefern die Bestätigung dafür, dass der bisherige Weg niemals zur Demokratie, zum Rechtsstaat, zu freien Wahlen, zur Gewaltenteilung und zu einer wirklichen Republik führen kann. Die Erfahrung der letzten acht Jahre hat gezeigt, dass die vom Volk erwünschten Reformen auf diesem Weg nicht durchgesetzt werden können. Selbst wenn das Volk die Möglichkeit hätte, frei zu wählen und mit Millionen Stimmen einen Staatspräsidenten wählen würde, ja sogar dazu noch ein Parlament wählen könnte, das den Präsidenten unterstützen würde, selbst dann könnte der Staatspräsident keine andere Funktion ausüben als die Rolle eines „Dienstleistenden“ für die Machtzentren und die von ihnen ernannten Institutionen.

Wir Unterzeichner betrachten den einzigen Ausweg darin, dass wir uns dem Willen des Volkes beugen. Wir fordern, dass die Struktur der Staatsmacht, die Verwaltung des Landes und die internationalen Beziehungen ohne undemokratischen Missbrauch der Verfassung - wie in allen fortschrittlichen Staaten der Welt - auf der Grundlage der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der Charta der Vereinten Nationen und deren Zusatzprotokollen und unter Berücksichtigung unserer nationalen Interessen neu konzipiert werden. Wenn



es gelingt, auf dieser Grundlage ein demokratisches System und die Herrschaft des Volkes zu etablieren, dann werden kompetente Menschen gewählt werden, dann wird jeder sich bereitwillig in den Dienst des Volkes stellen und ein kreatives und erfolgreiches Wirtschaftssystem wird auf der Grundlage der sozialen Gerechtigkeit und mit dem Ziel der dauerhaften Entwicklung unser Volk aus der drohenden Krise befreien. Nur so kann unser Volk in Glück und Wohlstand leben und seiner historischen Mission bewusst, in Zusammenarbeit mit anderen Völkern seinen Weg beschreiten. Wir hoffen, dass in Anbetracht der krisenhaften und sensiblen Lage unseres Landes alle Menschen, die sich für die Freiheit und Unabhängigkeit Irans einsetzen, ihre Aktivitäten nun solidarisch auf den gemeinsamen Kampf für die allgemeine Sicherheit, Freiheit und Gerechtigkeit konzentrieren.

#### **Proteste gegen Verletzung der Menschenrechte**

Iranische Oppositionelle haben am 15. März während der Tagung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in Genf eine Kundgebung gegen die Verletzung der Menschenrechte in Iran veranstaltet. Bei den Teilnehmern handelt es sich um eine seit zwei Jahren bestehende Gruppe aus politischen Aktivisten, die sich in Europa und Amerika aufhalten sowie um Angehörige der Opfer von Terroranschlägen. Die Kundgebungsteilnehmer forderten die Menschenrechtskommission auf, Iran wegen der permanenten Verletzung der Menschenrechte zu verurteilen und eine Beobachterdelegation nach Iran zu entsenden.

Zu den Rednerinnen und Rednern der Kundgebung, die zwei Stunden andauerte, gehörten Parastou Forouhar, deren Eltern 1999 in ihrem Haus in Teheran von Beauftragten des Geheimdienstes überfallen und durch mehre Messerstiche erstochen wurden, Hossein Dawani, dessen Bruder Firouz Dawani bei einem Terroranschlag ermordet wurde, Sara Dehkordi, Tochter eines der Opfer bei dem Attentat im Berliner Lokal Mykonos und Effat Mahbaz, deren Mann sowie Bruder im Gefängnis in Teheran hingerichtet worden waren.

Die Protestaktion in Genf wurde durch eine in persischsprachigen Medien veröffentlichte Erklärung von zahlreichen

iranischen Schriftstellern und Künstlern im Exil unterstützt. In der Erklärung heißt es unter anderem: „Die Islamische Republik hat durch Missachtung der Gleichberechtigung von Religionen, Ethnien, Männern und Frauen bzw. durch die Einschränkung der Freiheit des Denkens und der Meinungsäußerung Intellektuelle, Schriftsteller und Künstler sowie Millionen andere Bürgerinnen und Bürger aus ihrer Heimat vertrieben.“

Auch die Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch“ nahm die Tagung der UN-Menschenrechtskommission zum Anlass, um gegen die Missachtung der Menschenrechte in Iran zu protestieren. Sie warf dem Land vor, in letzter Zeit die Verfolgung von Regimegegnern verschärft zu haben. „Im vergangenen Jahr hat sich die Menschenrechtslage in Iran erheblich verschlechtert, sagte Kenneth Roth, Direktor der Human Rights Watch in Genf. Irans geistliche Machthaber hielten politische Dissidenten in Einzelhaft fest und ließen Gegner foltern. Die grausame Behandlung führe zum Tod von Gefangenen.“

Die Hoffnung, dass Staatspräsident Mohammad Chatami einen Reformprozess in Gang setzen könnte, hätte sich nicht erfüllt, betonte Roth. „Chatami hat gegen Hardliner in der iranischen Führung wenig auszurichten.“

Roth forderte die UN-Menschenrechtskommission auf, einen Sonderberichterstatter für Iran zu bestellen. Teheran dürfe im höchsten Menschenrechtsgremium der Vereinten Nationen nicht ungeschoren davon kommen.

#### **Brandanschlag auf Teheraner Frauen-Verlag**

Wie die Tageszeitung „Schargh“ berichtet, wurde am 1. März auf den Frauen-Verlag „Roschangaran“ in Teheran ein Brandanschlag verübt. Verlagsleiterin Schahla Lahidji sagte der Zeitung: „Ich habe um zwanzig Uhr den Verlag verlassen. Eine Stunde später hat der Besitzer eines Elektrogeschäfts in der Nachbarschaft, der auch auf unseren Verlag aufpasst, seinen Laden geschlossen. Gegen zehn Uhr hat ein Motorradfahrer vor dem Verlag geparkt, eine Fensterscheibe zerschlagen und den Sprengstoff hineingeworfen.“



Ein Mitarbeiter eines Geschäfts in der Nachbarschaft habe den Vorgang beobachtet, berichtete Lahidji weiter. Er habe versucht den Täter festzunehmen. Doch dieser sei schnell abgehauen. Wenige Sekunden später sei der Sprengstoff detoniert. Die Nachbarn hätten sofort sie und die Feuerwehr benachrichtigt. Doch eine Rettung sei nicht mehr möglich gewesen. Sämtliche Manuskripte und Dokumente seien verbrannt.

„Roschangaran“ ist der erste Frauenverlag Irans. Der Verlag hat bisher zahlreiche Bücher und Broschüren über Themen, die Frauen betreffen, veröffentlicht. Zugleich ist der Verlag eine Art Forschungszentrum und ein Treffpunkt der Aktivistinnen.

#### **Taktik oder Sinneswandel bei Justiz?**

Anfang März gab Irans Justizchef Mahmud Haschemi bekannt, er habe die Gerichte angewiesen, künftig behutsamer mit der Presse umzugehen und etwaige Gesetzesübertretungen einzelner Journalisten nicht mit dem Verbot der betreffenden Zeitung zu ahnden. Es genüge, wenn der verantwortliche Redakteur zur Rechenschaft gezogen werde, sagte Haschemi. Zudem sollten Journalisten nicht wie Kriminelle behandelt werden.

Zwei Tage später erläuterte der Chef der Teheraner Justiz, Abbas Ali Alizadeh, die Anweisung. „Wir werden journalistische Vergehen völlig anders behandeln als Betrügereien in der Wirtschaft oder Aktivitäten gegen die Sicherheit des Landes.“ Ohne zu erklären, warum bisher anders verfahren wurde, sagte er, es gehöre zu den Grundsätzen der islamischen Rechtsprechung, dass der Richter bei seinem Urteil „Persönlichkeit, Beruf und die gesellschaftliche Position des Angeklagten ebenso wie die äußeren Umstände berücksichtigt.“

Der Sinneswandel der iranischen Justiz kam überraschend. Diese friedlichen Töne klangen nach Jahre lang anhaltenden Schlachtrufen gegen die liberale Presse unglaublich. Hatte nicht die Justiz innerhalb von vier Jahren mehr als hundert Zeitungen und Zeitschriften verboten? Waren nicht bei diesen willkürlichen Angriffen gegen die Presse zahlreiche Journalisten verhaftet und zum Teil zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt worden? Wie konnte der Justizchef seine Friedens-

botschaft verkünden, wohl wissend, dass immer noch zwölf Journalisten in den Kerkern sitzen, unter ihnen Akbar Gandji, der zu zehn Jahren Haft und fünf Jahren Verbannung verurteilt wurde. Seit sechs Jahren sitzt er hinter Gittern. Seine Gesundheit ist ruiniert, dennoch erhält er trotz Protesten aus dem In- und Ausland keine medizinische bedingte Haftverschonung.

Vor wenigen Monaten hatte die Justiz, nachdem sie die liberale Presse nahezu vollständig ausgerottet hatte, ihre Speerspitze gegen Internetdienste und Weblogger gerichtet. Im vergangenen Dezember wurden in einem Generalangriff an die hundert Webseiten gefiltert und fünfundzwanzig Betreiber von Internetdiensten festgenommen. Nach einigen Wochen wurden vier von ihnen gegen eine Kautions von jeweils 50.000 Euro sowie ein selbst erniedrigendes, öffentliches Reuebekenntnis freigelassen.

Noch Anfang Februar wurde Arasch Siggartschi, Betreiber des Internetdienstes „Eltehab“, zu vierzehn Jahren Haft verurteilt. Dem 28-Jährigen wurden „Spionagetätigkeit und Beleidigung des Revolutionsführers“ vorgeworfen.

In Anbetracht dieser Vorgeschichte ist die Order des Justizchefs nicht nur für Außenstehende höchst erstaunlich. Auch innerhalb der Justiz rief sie Irritationen hervor. Wenige Tage nach den Äußerungen Schahrudis und Alizadehs meldete sich Said Mortazawi, zurzeit Oberstaatsanwalt in Teheran und einer der einflussreichsten Hardliner der Justiz, zu Wort. Er war Jahre lang Richter und in dieser Eigenschaft hatte er die meisten Zeitungsverbote bzw. Urteile gegen Journalisten ausgesprochen. Die Anweisung des Justizchefs bezüglich des Umgangs mit der Presse sei ihm nicht bekannt, sagte Mortazawi vor Journalisten in Teheran. Er habe Alizadeh schriftlich um Klarstellung des Sachverhalts gebeten. Für ihn sei es nach wie vor selbstverständlich, dass eine Zeitung, die sich nicht an Vorschriften und Gesetze halte, verboten werde, betonte er.

Es ist nun abzuwarten, wer den künftigen Kurs der Justiz bestimmen wird. Fest steht, dass im Lager der Konservativen über den Umgang mit der liberalen Presse und insgesamt mit Kritikern keine Einigkeit besteht. Die fundamentalistischen Islamisten wollen nach ihrem manipulierten Sieg bei den



Parlamentswahlen vor einem Jahr nun erst recht den bisherigen Kurs verstärkt fortsetzen, um endlich zu ihrem Ziel einer gleichgeschalteten Presse zu gelangen. Ihnen gegenüber treten die pragmatischen Moderaten für eine weichere Gangart ein. Den Kurswechsel begründen sie einmal damit, dass eine Verstärkung der Repressionen die zu erwartende geringe Beteiligung an den Präsidentschaftswahlen noch weiter reduzieren würde. Zum zweiten soll unter allen Umständen vermieden werden, dass das Verhältnis zu Europa, das ohnehin durch den Atomkonflikt angespannt ist, durch Verletzungen der Menschenrechte zusätzlich belastet wird. Vermutlich haben gerade diese Gesichtspunkte dazu geführt, dass der zu vierzehn Jahren verurteilte Sigartschi vor kurzem gegen eine Kautionsfreigabe wurde. Auch die Tageszeitung „Neschat“, einst das größte liberale Blatt, das vor vier Jahren verboten wurde, kann in diesen Tagen von einem Berufungsgericht freigesprochen, wieder erscheinen.

#### **Parlament beschließt Mittel für den Kampf gegen US-Politik**

Das Parlament hat Gelder für den Kampf gegen die iranfeindliche Politik der USA freigegeben. Gemäß dem Beschluss sollen „US-Verschwörungspläne gegen die Islamische Republik entlarvt“ und „jede Einmischung der USA in inneren Angelegenheiten Irans“ unterbunden werden. Ferner sollen die Mittel für juristische Maßnahmen, wie etwa eine Anrufung internationaler Gerichte zur Durchsetzung der Forderungen Irans an die USA verwendet werden.

Ein weiterer Teil der Mittel soll dazu dienen, die Öffentlichkeit im In- und Ausland „über die Versuche der USA zur kulturellen Einflussnahme und über die Missachtung der Beschlüsse der Vereinten Nationen und deren Konventionen seitens der USA“ zu informieren.

In dem Beschluss werden auch Entschädigungsansprüche Irans an Staaten erwähnt, die während des achtjährigen Kriegs zwischen Iran und Irak (1980-1988) das Regime Saddam Husseins mit chemischen Waffen beliefert haben. Diese Waffen, die die irakische Armee gegen Iran einsetzte, haben zehntausenden Menschen den Tod gebracht.

Die Finanzmittel sollen unter Aufsicht des Staatspräsidenten verschiedenen

staatlichen Instanzen zur Verfügung gestellt werden. Die Regierung wurde verpflichtet, alle drei Monate dem Parlament einen Bericht über die Ergebnisse ihrer Arbeit in diesem Bereich vorzulegen. Die Höhe der Gelder, die das Parlament beschlossen hat, ist nicht bekannt.

#### **Lehrer protestieren vor dem Parlament**

Rund 200 Lehrer haben am 9. März eine Protestkundgebung vor dem Parlament veranstaltet und den Abgeordneten vorgeworfen, sich zu wenig um ihre Belange gekümmert zu haben. Wie die staatliche Nachrichtenagentur IRNA berichtete, begab sich der Abgeordnete Hassan Noi im Auftrag des Parlamentspräsidenten zu den Lehrern und führte Gespräche mit den Sprechern der Kundgebung.

Ali Akbar Baghani, Vorsitzender des Lehrerverbands, sagte während seiner Rede auf der Kundgebung, das Parlament habe seine Versprechen, sich um die materielle Lage der Lehrer zu kümmern, nicht eingehalten. Als wichtigste Forderung der Kundgebung nannte er „eine gerechte Honorierung der Lehrer, wobei auch auf die Gleichbehandlung geachtet werden sollte, und Korrekturen bei den Bestimmungen zur Beförderung der Lehrer.“

Es ist nicht das erste Mal, dass die Lehrer gegen die schlechte und ungerechte Honorierung ihrer Arbeit protestieren. Im vergangenen Jahr nahmen rund 30 Prozent der gesamten Lehrer des Landes an Protestdemonstration teil. Dabei mussten damals allein in Teheran 400 Schulen schließen. Ein Lehrer verdient im Durchschnitt 200 Dollar, was gemessen an den Verhältnissen des Landes an der Armutsgrenze liegt.

#### **Zehnprozentiger Anstieg der Aidskranken im letzten Vierteljahr**

Minu Mohraz, Mitglied des Komitees zum Kampf gegen Aids, erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur Fars, die Zahl der Aidskranken sei in den letzten drei Monaten um zehn Prozent angestiegen. Sollte weiterhin die Krankheit ignoriert und die Bevölkerung nicht aufgeklärt werden, könnte sich die Anzahl der Infizierten innerhalb eines Jahres verdoppeln.

Nach offiziellen Statistiken habe die Anzahl der HIV-Infizierten vor drei

Monaten 7500 betragen, sagte Mohraz. Nach den aktuellen Zahlen seien 10.000 Aidskranke registriert. Der hohe Anstieg sei alarmierend, denn während bisher alle drei Monate zwischen 200 und 300 Neuerkrankte registriert wurden, seien es dieses Mal 2500 gewesen.

Nach allen Erfahrungen, die in anderen Ländern gemacht wurden, sei der sprunghafte Anstieg zu erwarten gewesen, sagte Mohraz, dennoch scheinen manche Verantwortliche die Gefahr immer noch nicht ernst zu nehmen. Sie habe die Befürchtung, die Krankheit werde sich in den nächsten Jahren „ungeheuer rasch“ verbreiten. Bisher seien etwa 55 Prozent der Kranken durch Injektionen und rund 30 Prozent durch sexuelle Kontakte infiziert worden. Die Daten der letzten Monate zeigten jedoch eine Zunahme der Zahl der sexuell verursachten Infizierungen. Diese Feststellung mache eine landesweite Aufklärung unter Einsatz der Medien notwendig.

## II. Wirtschaft

### **Fast zehn Millionen Jugendliche auf der Suche nach Arbeit**

Nach einer Studie, die der „Nationale Verein Iranischer Jugend“ dem Kabinett vorgelegt hat, sind zurzeit 9,8 Millionen Jugendliche auf der Suche nach Arbeit. Der Vereinsvorsitzende Rahim Ebadi sagte, 31 Prozent der Jugendlichen seien arbeitslos. Sollten weiterhin keine wirksamen Maßnahmen in diesem Bereich erfolgen, werde sich die Lage erheblich verschlimmern. Denn die Zahl der Jugendlichen nehme rasch zu, während das Angebot an Arbeitsplätzen weit unter dem zunehmenden Bedarf liege. Dieses Missverhältnis zwischen dem Wirtschaftswachstum bzw. dem Angebot an Arbeitsstellen und der raschen Zunahme der Zahl von Jugendlichen könne zu sehr ernsthaften Krisen führen.

Die Arbeitslosigkeit und der Mangel an Zukunftsperspektiven seien die größten Probleme, mit denen Jugendliche zu ringen hätten, sagte Ebadi. Die Folgen seien weitreichend. Die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen sei finanziell nicht imstande, eine Familie zu gründen. Jugendkriminalität, Drogensucht, Prostitution nähmen rapide zu. Viele Jugendliche seien bemüht, so schnell wie möglich das Land zu verlassen. Schlimmer als für die Männer sei die Lage für Frauen. Obwohl gut ausgebildet, sei es für Frauen weitaus schwerer als für Männer, eine Arbeit zu finden.

### **USA wollen Pipeline-Projekt verhindern**

Die USA wollen ein zwischen Iran und Indien zum Gasexport von Iran über Pakistan nach Indien geplantes Pipeline-Projekt verhindern. US-Außenministerin Condoleezza Rice erklärte bei ihrem Besuch am 16. März in Neu-Delhi, Indien sollte Alternativen für die Deckung seines Energiebedarfs in Erwägung ziehen.

Indien verhandelt seit langem mit Iran über Gaslieferungen. Die geplante Pipeline soll über Pakistan nach Indien führen. Die Pläne für die vier Milliarden Dollar teure Leitung lagen wegen politischer Spannungen zwischen Pakistan und Indien über Jahre auf Eis. Mit der Verbesserung des Verhältnisses zwischen den beiden Staaten seit einem Jahr wurden sie wieder aktuell.



Die USA wollen jedoch möglichst jegliche Geschäfte mit Iran verhindern, um das Land zur Einstellung seines Atomprogramms zu zwingen. Rice sagte bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem indischen Außenminister Natwar Singh: „Unsre Position hinsichtlich Irans ist sehr gut bekannt. Wir haben der indischen Regierung unsere Bedenken mitgeteilt.“ Allerdings sei klar, dass Indien dann Hilfe bei der Erschließung alternativer Energiequellen benötige, wobei Neu-Delhi auf die Unterstützung Washingtons rechnen könne.

#### **US-Sanktionen erneuert**

Die USA haben die bereits im März 1995 durch ein Dekret des US-Präsidenten Bill Clinton in Kraft getretenen Sanktionen gegen Iran verlängert. Mit dem nun durch Präsident George W. Bush erlassenen Dekret wird unter anderem US-Firmen und -Bürgern untersagt, Ölgeschäfte mit Iran abzuschließen, da Teheran eine „außergewöhnliche Bedrohung“ darstelle. In einer vom Weißen Haus veröffentlichten Erklärung warf Bush Iran „Unterstützung des internationalen Terrorismus, Versuche zur Unterwanderung des Nahost-Friedensprozesses und Beschaffung von Massenvernichtungswaffen“ vor.

Die Politik und das Handeln Irans widersprechen den Interessen der USA in der Region und stellen eine „anhaltende außergewöhnliche Bedrohung der nationalen Sicherheit, Außenpolitik und Wirtschaft der Vereinigten Staaten dar“, erklärte Bush zur Begründung der Fortsetzung der Sanktionen.

#### **Neue Öl- und Gasquellen entdeckt**

Die Regierung in Teheran gab die Entdeckung von zwei neuen Öl- und Gasquellen im Süden Irans bekannt. Ölminister Bijan Namdar Zangeneh teilte am 8. März der Presse in Teheran mit, dass eine große Erdölquelle in der Provinz Chusistan und eine große Gasquelle in dem Gebiet des südlichen Pars entdeckt worden seien.

Die Ölquelle befindet sich rund vierzig Kilometer nordöstlich der Stadt Ahwaz. Die vor zwei Jahren begonnene Suche habe endlich zum Erfolg geführt. Die Quelle enthalte nach Schätzung von Sachverständigen 5700 Millionen Barrel

Erdöl und 242 Milliarden Kubikmeter Erdgas. Die Gasquelle im südlichen Pars enthält 168 Milliarden Kubikmeter Gas und 183 Millionen Barrel Nebenprodukten.

Minister Zangeneh sagte, Iran werde im laufenden Jahr allein durch den Verkauf von Rohöl Einnahmen in Höhe von 30 Milliarden Dollar erzielen.

#### **Täglich transportieren rund 400 Lastwagen Waren in den Irak**

Wie der Vorsitzende der iranisch-irakischen Handelskammer, Hassan Tiezmaghs, vor Journalisten bekannt gab, passieren täglich rund 400 mit Waren beladene Lastwagen die Grenze zum Irak. Zu den Gütern, die Iran in den Irak exportiert, gehören Baumaterial (vor allem Zement), Nahrungsmittel, Obst, Ersatzteile, Autoreifen und Teppiche. Im Gegenzug exportiert Irak altes Eisen nach Iran.

Die beiden Nachbarländer sind bemüht, ihre Wirtschafts- und Handelsbeziehungen auszuweiten. Die irakische Handelsbank und die iranische Bank für Entwicklung und Export haben am 9. März in der im südlichen Iran gelegenen Hafenstadt Chorrumschahr einen Kooperationsvertrag zur Intensivierung der Zusammenarbeit und Kreditvergabe unterzeichnet. Ferner wurde in Chorrumschahr die erste Messe zum Wiederaufbau des Iraks eröffnet. Bei der Eröffnung sagte Tiezmaghs: „Wir sind dabei, für den Warenexport in den Irak ein Versicherungssystem zu organisieren.“ Er gab bekannt, dass auf der Messe zwischen Vertretern der petrochemischen Gesellschaft Irans und Vertretern der irakischen Ölgesellschaft Gespräche geführt worden seien. Dabei seien vor allem über das Engagement Irans beim Wiederaufbau der petrochemischen Industrie sowie der Ölraffinerien Iraks Vereinbarungen getroffen worden. Einzelheiten wurden nicht bekannt gegeben.

#### **Turkcell beugt sich dem Parlament**

Nach Presseberichten hat das türkische Unternehmen „Turkcell“, das von der iranischen Regierung mit dem Ausbau der Einrichtungen des iranischen Mobilfunks beauftragt worden war, den Vertragsänderungen, die das Parlament nachträglich vorgenommen hat, zugestimmt. Einem Parlamentsbeschluss zu-



folge muss die Regierung bestimmte Verträge mit ausländischen Firmen vom Parlament absegnen lassen. Der Vertrag mit Turkcell war zwar vor der Wahl des neuen Parlaments von der Regierung unterzeichnet worden, also auch bevor dieses Gesetz verabschiedet wurde, dennoch bestand das Parlament auf bestimmten Änderungen, vor allem darauf, dass Turkcell höchstens 49 Prozent der Anteile der ausführenden Firma hält.

Massud Moghaddas, Vorstand der iranischen Kommunikationsgesellschaft, sagte den Journalisten, Turkcell habe auch die vom Parlament vorgenommenen Änderungen des Vertrags akzeptiert und sei bereit, mit der zweiten Phase des Mobilfunkausbaus zu beginnen. Dies hätten ihm Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft bei ihrem Besuch in Teheran mitgeteilt.

Die Regierung hatte sich gegen die Änderungen ausgesprochen, weil sie der Meinung war, dass sie bei ausländischen Investoren einen negativen Eindruck hinterlassen würden. Präsident Chatami hatte deswegen seinen geplanten Staatsbesuch der Türkei abgesagt. Sachverständige meinten, Turkcell werde einen hohen Schadensersatz verlangen. Schließlich rechnete man mit einem Verlust in Höhe von 500 Millionen Dollar für den Staatshaushalt.

Aber das mehrheitlich von den Konservativen besetzte Parlament ließ sich von den Argumenten nicht überzeugen. Die Anteile der türkischen Firma wurden von 70 Prozent auf 49 Prozent reduziert und die der iranischen Gesellschaft von 30 auf 51 erhöht.

Das Parlament nahm auch weitere Änderungen bezüglich der Sicherheit vor. Dennoch wurde der Beschluss des Parlaments vom Wächterrat abgelehnt. Der Wächterrat ist der Meinung, dass sogar bei dem geänderten Vertrag die Frage der nationalen Sicherheit nicht ausreichend berücksichtigt worden sei, obwohl dieser Aspekt des Vertrags auch noch vom Informationsministerium überprüft worden war.

Der ursprüngliche Vertrag sah sechzehn Millionen Mobilfunkverbindungen vor. Dafür sollte Turkcell 300 Millionen Euro und 28 Prozent der späteren Einnahmen erhalten. Das Konsortium Turkcell und Irancell hatten sich verpflichtet, in der ersten Phase fünf Millionen Mobilfunkverbindungen be-

reitzustellen. Jede Verbindung sollte 150 Euro kosten.

#### **Fünf Faktoren zur Arbeitslosigkeit**

Die Nachrichtenagentur Fars zitiert aus einer Studie über die iranische Wirtschaft, in der fünf Faktoren aufgezählt werden, die eine ernsthafte Warnung für die iranische Wirtschaft darstellen. Das wichtigste und aktuellste Problem der iranischen Wirtschaft sei die hohe Arbeitslosigkeit, stellt die Studie fest. In diesem Bereich könnte jede der fünf folgenden Faktoren katastrophale Wirkungen haben.

Erster Faktor: 34 Prozent der arbeitsfähigen Männer und Frauen im Alter zwischen 15 und 29 Jahren, die ein Viertel der gesamten arbeitsfähigen Bevölkerung bilden, sind arbeitslos. Sollte der gegenwärtige Prozentsatz der Arbeitslosigkeit sich nicht ändern, würden in zwei Jahren 52 Prozent der Männer und Frauen im Alter zwischen 15 und 29 Jahren arbeitslos sein. Darunter wären 10 Prozent Akademiker und 30 Prozent Männer und Frauen mit Abiturabschluss.

2. Faktor: rund 70 Prozent der Arbeitslosen sind länger als zwei Jahren ohne Arbeit. Die restlichen 30 Prozent sind noch länger auf der Suche nach Arbeit.

3. Faktor: Nur 13 Prozent der Beschäftigten sind Frauen. Rund 40 Prozent der arbeitsfähigen Frauen sind arbeitslos. Nur 15 Prozent der Akademikerinnen haben eine angemessene Beschäftigung.

4. Faktor: 43 Prozent der Beschäftigten sind entweder Analphabeten oder verfügen über eine sehr niedrige Schulausbildung.

5. Faktor: 76 Prozent der Arbeitslosen Frauen und Männer besitzen keine Fachausbildung. Dazu gehören auch zehntausende junge Männer und Frauen mit Schulabschluss.

Hauptgrund für die Zunahme der Arbeitslosigkeit ist die schwache Wirtschaft, die infolge des raschen Anstiegs der Bevölkerungszahl nicht einmal den Prozentsatz der Arbeitslosigkeit konstant halten geschweige denn reduzieren könnte. Um die Zahl der Arbeitslosen konstant zu halten, müsste



die Wirtschaft ein achtprozentiges Wachstum erreichen, um sie auf weniger als zehn Prozent zu reduzieren, wäre sogar ein Wachstum von neunehalb Prozent nötig.

Die Wirtschaft brauche einen neuen Aufschwung. Dazu wären massive Investitionen in produktiven Sektoren der Industrie, zum Beispiel in der Ölindustrie, der petrochemischen Industrie und in der Stahl- und Eisenindustrie notwendig. Außerdem müsste das Ausbildungssystem den Erfordernissen der Wirtschaft angepasst werden. Zurzeit ist ein großer Teil der Schul- und Hochschulabsolventen für den Arbeitsmarkt unbrauchbar. Schließlich bilden die aufgeblähte Verwaltung und das Fehlen einer rationalen Planung große Hindernisse für die Wirtschaft. Die chaotischen politischen Verhältnisse und die nicht miteinander zu vereinbarenden Entwicklungskonzepten der verschiedenen Fraktionen lassen weder eine Reform der Verwaltung noch eine mittel- und langfristige Planung zu.

### III. Außenpolitik

#### Atomverhandlungen drohen zu scheitern

Die vierte und fünfte Runde der Verhandlungen zwischen Iran und den drei EU-Staaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien zur Lösung des Konflikts um das iranische Atomprogramm sind abermals ohne Ergebnis zu Ende gegangen. „Trotz all unserer Bemühungen sind wir nicht zu einer Lösung gekommen“, sagte der iranische Chefunterhändler Sirus Nasserri nach der vierten Verhandlung, die am 10. und 11. März in Genf stattgefunden hatte. „In einigen Punkten gibt es weiter Unklarheiten“, fuhr Nasserri fort. Es gehe dabei vor allem um Garantien für die friedliche Nutzung der Atomenergie.

Das EU-Trio verlangt von Teheran die dauerhafte Aussetzung der Urananreicherung und alle damit verbundenen Aktivitäten und bietet im Gegenzug Brennstoff für Atomreaktoren und ein umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen mit der EU. Ferner wollen sich die drei Staaten für die Aufnahme Irans in die Welthandelsorganisation (WTO) einsetzen. Doch Iran beharrt nach wie vor auf die Weiterentwicklung seiner Atomtechnologie, wozu auch die Urananreicherung gehört. Angereichertes Uran kann jedoch auch zur Herstellung von Atombomben verwendet werden.

Die Vertreter der drei EU-Staaten haben sich über den Verlauf der Verhandlung enttäuscht gezeigt und zum ersten Mal in ungewöhnlich scharfer Form gedroht, den UN-Sicherheitsrat mit dem Konflikt befassen zu lassen.

Inzwischen ist die US-Regierung mit einer Offerte dem Wunsch der EU nach Kooperation nachgekommen. Sie werde ihren Widerstand gegen eine Mitgliedschaft Irans in der WTO sowie gegen Lieferung von Ersatzteilen für iranische Zivilflugzeuge aufgeben, verlautetete aus Washington. Gleichzeitig drohte sie aber auch mit Sanktionen. US-Vizepräsident Dick Cheney kündigte „schärfere Maßnahmen“ an, falls Iran die Absicht, Atomwaffen herzustellen, nicht aufgeben würde.

Auch US-Präsident George W. Bush meldete sich wieder zu Wort. Sollte Teheran die europäischen Angebote ablehnen, werde der UN-Sicherheitsrat eingeschaltet. Der Präsident dankte dem EU-Trio für die Bemühungen, die Her-



stellung von Atomwaffen durch Iran zu verhindern. Ziel der Diplomatie sei es, Iran klar zu machen, dass die USA und deren europäischen Freunde mit einer Stimme sprächen. Bush begründete sein Misstrauen gegenüber iranischen Atomplänen unter anderem damit, dass das Land von keiner transparenten Regierung, sondern nur einer Hand voll Personen geführt werde.

Iran wies die „Anreize“ aus Washington schroff zurück. „Wie wir bereits zuvor gesagt haben, kann eine WTO-Mitgliedschaft nicht als Anreiz seitens der USA gelten, da dies das gute Recht eines jeden Landes ist, auch Irans“, sagte der iranische Außenamtssprecher Hamid Resa Assefi. Und er fügte hinzu: „Wir sind fest entschlossen, unser Nuklearprogramm fortzusetzen, und davon werden uns weder Drohungen noch Druck abhalten.“ Er warf Washington vor, bezüglich des iranischen Atomprogramms Angst zu schüren und „Horror szenarien“ zu entwerfen. Sein Land werde beweisen, dass sein Atomprogramm bisher der friedlichen Nutzung der Atomenergie gedient habe. Dies werde auch in Zukunft so bleiben.

Irans Geheimdienstminister Ali Junessi bezeichnete das US-Angebot als „respektlos“. Die USA sollten sich für diesen Vorschlag bei Iran entschuldigen“, sagte er der Nachrichtenagentur IRNA. US-Außenministerin Condoleezza Rice, die das Angebot gemacht hatte, bezeichnete er als „Königin von Krieg und Gewalt“.

Die Verhandlungen zwischen dem EU-Trio und Iran wurden am 23. März in Paris fortgesetzt. Doch auch diese fünfte Verhandlungsrunde blieb ohne Ergebnis. Das einzig Positive war, wie ein EU-Diplomat meinte, die Vereinbarung, sich zu einem späteren Zeitpunkt wieder zu treffen. Beide Seiten sprachen von einem „konstruktiven und positiven Klima“. Iran stimmte zu, die Urananreicherung zumindest bis zum nächsten Treffen nicht wieder aufzunehmen. In einer gemeinsamen Erklärung hieß es, die Verhandlungen hätten zu verbesserten Beziehungen geführt, die weitere Fortschritte ermöglichten. Iran habe „gewisse Ideen“ zu den geforderten objektiven Garantien vorgelegt. Wie aus den Äußerungen eines europäischen Regierungsvertreters gegenüber AFP zu entnehmen ist, handelt es sich dabei um den Vorschlag, die Urananreicherung unter die Kontrolle der Internationalen Atombehörde (IAEA) zu stellen.

Wenn Fachleute eine Möglichkeit fänden, das Pilotprojekt für eine Zentrifuge zu überwachen, stehe einer Erlaubnis dafür nichts im Weg, sagte der Regierungsvertreter, der nicht genannt werden wollte.

Indes hat ein Exiliraner der Regierung in Teheran vorgeworfen, in einer unterirdischen Anlage eines Militärkomplexes heimlich waffenfähiges Uran anzureichern. „Das unterirdische Gelände ist getarnt und in einem Gebiet um Parchin gebaut, das mit der chemischen Industrie zu tun hat“, sagte Aliresa Dschafarzadeh, der schon früher Informationen über versteckte Atomanlagen in Iran geliefert hatte. In dem tunnelartigen Bau 30 Kilometer südöstlich von Teheran werde Uran angereichert. Dschafarzadeh, bis vor kurzem Sprecher des „Nationalen Widerstandsrats“, einer Tarnorganisation der in der EU und des USA als terroristisch eingestufte Volksmodjahedin, sagte auf die Frage, ob zurzeit an dem von ihm genannten Ort Uran angereichert werde: „Ich habe darüber keine Informationen“.

Teheran hatte stets jegliche atomare Aktivitäten in Parchin bestritten. Allerdings gab Ex-Staatspräsident Hadschi Rafsandschani zu, dass Iran zunächst sein Atomprogramm geheim gehalten habe. Dies sei wegen der Sanktionen gegen sein Land nötig gewesen, sagte er. „Niemand hat uns irgendetwas auf dem Markt verkauft.“ Die USA und die Europäer hätten als das prowestliche Schahregime in Iran geherrscht habe, den Bau von 20 Atomkraftwerken gebilligt, ihre Unterstützung jedoch nach der Revolution von 1979 gestoppt. „Die Geschichte der Atomkraft in Iran ist die Geschichte der Widersprüche der westlichen Iran-Politik“, sagte Rafsandschani.

#### **Pakistan will IAEA bei der Prüfung von Irans Atomprogramm helfen**

Nach Angaben eines westlichen Diplomaten will Pakistan im Streit um das iranische Atomprogramm zur Klärung noch offener Fragen beitragen. Das Land werde der Internationalen Atombehörde in Wien (IAEA) Zentrifugenteile übergeben, um die Herkunft hoch angereicherter Urans in Iran zu klären, sagte der Diplomat, der anonym bleiben wollte, der AFP. Die Zentrifugenteile würden im Labor in Seibersdorf bei Wien untersucht.



Die IAEA will die Herkunft hoch angereicherten Urans feststellen, das in einem Labor in Kalaje bei Teheran entdeckt wurde. Teheran behauptet, das Material sei durch Import von Ausrüstungsmaterial ins Land gekommen. Hoch angereichertes Uran kann für zivile Atomreaktoren, aber auch für den Bau von Atomwaffen verwendet werden.

#### **Pakistans Atomforscher Khan lieferte Zentrifugen an Iran**

Nach Angaben von Pakistans Informationsminister Sheikh Rashid hat der pakistanische Atomforscher Abdul Qadeer Khan Zentrifugen zur Urananreicherung an Iran geliefert. „Ja, Khan hat das Zentrifugensystem an Iran geliefert“, gestand der Minister am 10. März in Islamabad. Die pakistanische Regierung sei an den Lieferungen nicht beteiligt gewesen, sagte er. Sie seien vielmehr über den Schwarzmarkt erfolgt. Eine Befragung Khans durch ausländische oder internationale Ermittler schloss der Minister aus.

Khan, der „Vater der pakistanischen Atombombe“, hatte im Februar 2004 öffentlich eingestanden, an der Weitergabe von Atomtechnologie und geheimen Nuklearwissen an Iran, Libyen und Nordkorea beteiligt gewesen zu sein. Präsident Pervez Musharraf begnadigte ihn aufgrund dieses Geständnisses. Khan gilt in Pakistan als Nationalheld. Der Maschineningenieur hatte von 1976 bis 2001 das pakistanische Atomprogramm geleitet.

#### **Ukraine gibt Verkauf von nuklearfähigen Waffen an Iran und China zu**

Ukrainische Behörden haben zugegeben, nukleartaugliche Marschflugkörper an Iran und China geliefert zu haben. Im Jahr 2001 seien zwölf der Wertsysteme von Typ X-55 an Iran und sechs weitere an China verkauft worden, sagte der ukrainische Generalstaatsanwalt Swjatoslaw Piskun der Londoner „Financial Times“ am 18. März. In einer in Kiew veröffentlichten Stellungnahme fügte er hinzu, es habe sich dabei nicht um ein offizielles Exportgeschäft, sondern vielmehr um einen illegalen Verkauf gehandelt, zu dem der Geheimdienst SBU derzeit ein Ermittlungsverfahren führe. Die Untersuchungen seien gegen den Direktor der Rüstungsfirma Ukrspetsexport gerichtet.

Piskun betonte gegenüber der Zeitung, die Flugkörper seien ohne den zugehörigen Atomsprenkopf ausgeliefert worden. Die ukrainische Justiz hatte die Ermittlungen bereits im vergangenen Monat auf Anfrage Japans eröffnet. Die aus der Luft abgefeuerte Cruise Missile X-55 wurde erstmals 1976 von der Sowjetunion eingeführt. Das Waffensystem hat eine Reichweite von rund 3500 Kilometern, womit China leicht Japan und Iran/Israel erreichen könnte.

#### **Israel hat Plan für Angriff auf Iran**

Einem Zeitungsbericht zufolge hat Israel für den Fall eines Scheiterns der diplomatischen Verhandlungen über das iranische Atomprogramm Pläne für einen Angriff auf Iran entwickelt.

Israels Ministerpräsident Ariel Sharon und sein Kernkabinett hätten sich bereits im Februar bei einem geheimen Treffen in der Negev-Wüste auf das Recht auf einen unilateralen Angriff verständigt, berichtete die Londoner „Sunday Times“ in ihrer Ausgabe vom 13. März. Überfälle von Spezialkommandos und Luftangriffe seien vorgesehen, um iranische Reaktoren und unterirdische Anlagen zu zerstören. In den vergangenen Wochen hätten die israelischen Streitkräfte sich bereits mit Simulationen auf die Angriffe vorbereitet. Schon seit Monaten trainierten israelische Einheiten in der Wüste für einen möglichen Einsatz in Iran. Für die Übungen sei eigens eine iranische Fabrik zur Urananreicherung nachgebaut worden. An den Übungen seien Soldaten der Eliteeinheit Shaldag ebenso beteiligt gewesen wie F-15 Kampfflugzeuge, die mit Bunker brechenden Bomben bestückt seien.

„Wenn alle Anstrengungen Iran zu überzeugen, seine Pläne zur Atomwaffenproduktion fallen zu lassen scheitern sollten, wird die US-Regierung Israel zum Angriff ermächtigen“, zitierte „Sunday Times“ israelische Geheimdienstkreise. Israels Vize-Ministerpräsident Schimon Peres versuchte hingegen, mögliche Angriffspläne herunter zu spielen. „Ich denke nicht“, antwortete er auf die Frage, ob die Möglichkeit eines israelischen Angriffs auf Iran bestehe.

**USA beschuldigen Iran der Menschenrechtsverletzung**

Das US-Außenministerium hat in seinem Anfang März veröffentlichten Jahresmensenrechtsbericht über 196 Länder Iran der schweren Verletzung der Menschenrechte beschuldigt. Die Lage der Menschenrechte habe sich im vergangenen Jahr verschlechtert, heißt es in dem Bericht. Konkret stellt das Ministerium fest, dass die Iraner unter anderem durch eine stark mangelhafte Wahl daran gehindert worden seien, einen Regimewechsel in Teheran herbeizuführen. Außerdem sei die Führung des Religionsstaates für zahlreiche Tötungen verantwortlich, darunter Hinrichtungen, die zweifelhaften Gerichtsprozessen gefolgt seien. Obwohl die iranische Verfassung Folter verbiete, gebe es zahlreiche glaubhafte Berichte, dass Sicherheitskräfte und Gefängnisbedienstete Häftlinge misshandelt hätten.

Indes forderte auch Präsident George W. Bush Iran auf, nicht „Terror als Instrument der Politik“ einzusetzen. Während einer Rede über die Ereignisse in Libanon sagte Bush, Iran sollte endlich aufhören, Terroristen zu unterstützen. Er hoffe auf den Tag, an dem Iran sich „der sich abzeichnenden Entwicklung des Nahen und Mittleren Ostens in Richtung Freiheit und Demokratie anschließen“ würde.

Auf diese Bemerkungen gab es aus Teheran scharfe Reaktionen. Hamid Reza Assefi, Sprecher des Außenministeriums, sagte, die USA sollten endlich aufhören, „über Iran Lügen zu verbreiten“. Die Unterstützung, die Washington „Israels Staatsterrorismus“ gewähre, sei so „offensichtlich und entlarvend“, dass sie den USA das Recht abspreche, sich kritisch über Terrorismus zu äußern.

Assefi bezeichnete die USA als eine arrogante Macht, die blind und unfähig sei, die Realität zu sehen und die Lage im Nahen und Mittleren Osten richtig analysieren zu können. „Es wird höchste Zeit, dass der Präsident der Vereinigten Staaten seine Augen öffnet und endlich aufhört, Demokratie und den Vorwurf des Terrorismus zu instrumentalisieren, um den Völkern in der Region rassistische und zionistische Interessen aufzuzwingen“, sagte Assefi.

**Fünfzig Millionen Dollar Aufbauhilfe für Afghanistan**

Iran hat vereinbart, in diesem Jahr Afghanistan eine Aufbauhilfe in Höhe von fünfzig Millionen Dollar zu gewähren. Laut Angaben von Anwar-ul Hag Ahadi, Afghanistans Finanzminister, habe sich Iran verpflichtet, mit rund fünfzig Millionen US-Dollar an verschiedenen Aufbauprojekten teilzunehmen. Diese Summe sei ein Teil der 250 Millionen Dollar, die Iran auf der Konferenz in Tokio für den Aufbau Afghanistans versprochen habe. Bei den Projekten handelt es sich um den Bau von Straßen und Brücken sowie um die Stromversorgung.

Nach der Teilnahme an einer Konferenz über die Beziehungen zwischen Iran und Afghanistan in Teheran sagte Minister Ahadi, er habe zahlreiche Gespräche, unter anderem mit Staatspräsident Mohammad Chatami geführt. Dabei sei ihm zugesichert worden, dass Iran bereit sei, über die gegenwärtigen Projekte hinaus, mit Afghanistan auch in den Bereichen Erdöl und Erdgas zusammen zu arbeiten. Allerdings müssten diesbezüglich entsprechende, von der Weltbank vorgeschlagenen Gesetze und Bestimmungen in Afghanistan beschlossen werden.

Auf die Frage nach der Finanzierung des Wiederaufbaus in Afghanistan, sagte der Minister, 95 Prozent des Aufbaus und 50 Prozent des normalen Haushalts Afghanistans würden durch Hilfgelder aus dem Ausland finanziert. Für das nächste Jahr seien für den Aufbau Gelder in Höhe von sechs Milliarden Dollar vorgesehen. Der Hauptteil der Entwicklungshilfe stamme aus den USA. Doch der US-Kongress habe die vorgesehene Entwicklungshilfe in Höhe von 2,4 Milliarden Dollar auf 1,2 Milliarden reduziert.

**Iran begrüßte die Wahlen im Irak**

Die iranische Regierung hat die Parlamentswahlen im Irak begrüßt und eine enge Zusammenarbeit mit der künftigen Regierung in Bagdad angekündigt.

Regierungssprecher Abdollah Ramezanzadeh sagte in seiner wöchentlichen Pressekonferenz am 31. Januar in Teheran, die Regierung hätte sich schon immer dafür eingesetzt, dass das irakische Volk sein Schicksal selbst in die Hand nimmt und seine Abgeordneten



bzw. seine Regierung wählt. Er äußerte die Hoffnung, dass die nun erfolgte Wahl die Besatzer dazu bewegen werde, endlich das Land zu verlassen und das irakische Volk sich selbst zu überlassen. Er sei ziemlich zuversichtlich, dass die künftige Regierung die Sicherheit des Landes gewährleisten werde.

Iran war von Anbeginn gegen die Besetzung Iraks und betrachtete diese als Hauptgrund für den Fortbestand der Unsicherheit und der Gewalt.

„Wir sind froh darüber, dass die Wahlen trotz des Widerstands von Terroristen und jenen Kräften und Ländern, die keine Demokratie im Irak wollten, stattfinden konnten“, sagte Ramezanzadeh. Er äußerte sein Bedauern darüber, dass es auch am Wahltag zu Mordanschlägen gekommen war. Iran werde mit der künftigen Regierung Iraks eng zusammenarbeiten, ohne sich in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen, fuhr der Regierungssprecher fort.

Irans Medien berichteten ausführlich und durchgehend positiv über die Wahlen im Irak. Zufrieden äußerten sich die Kommentatoren auch über den beeindruckenden Sieg der Schiiten.

#### **Iranischer Exdiplomate wegen Attentatsversuch auf Mubarak verurteilt**

Einem Bericht der AFP zufolge hat ein Staatssicherheitsgericht in Kairo am 27. März einen iranischen Exdiplomaten und einen Ägypter wegen der Planung eines Anschlags auf Präsident Husni Mubarak zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Der Iraner Mohammed Resa Dust, ein einstiger Mitarbeiter der iranischen Interessenvertretung in Kairo, erhielt am Sonntag in Abwesenheit 25 Jahre Haft für die "Teilnahme an einem terroristischen Komplott und die versuchte Destabilisierung der ägyptischen Regierung". Der Ägypter Mahmud Aid Dabbus wurde wegen des geplanten Mordanschlags und wegen Spionage sowie "Geldzuweisungen aus einem anderen Land" zu 35 Jahren Haft verurteilt.

Urteile von Staatssicherheitsgerichten in Ägypten können nicht angefochten werden. Verurteilte können allenfalls von Präsident Mubarak persönlich begnadigt werden. Der 31-jährige Dabbus sagte nach dem Urteilsspruch, er hoffe auf eine Begnadigung, "weil ich meine

Straftaten gestanden und die Beteiligung des iranischen Diplomaten aufgedeckt habe". Richter Abdel Salam sagte in der Urteilsverlesung, Dabbus habe "sein Land für eine Handvoll Dollar verraten". Er habe "sich entschlossen, das Staatsoberhaupt zu ermorden, ohne die Wertschätzung in Betracht zu ziehen, die die Ägypter für ihren Präsidenten haben."

Iran bestreitet jede Verwicklung in das Komplott. In einer im Dezember veröffentlichten Erklärung des Außenministeriums in Teheran hatte es geheißen: "Das Szenario wurde unter dem Einfluss der Feinde Irans konstruiert, die den Interessen der Zionisten dienen." Iran und Ägypten hatten nach der Islamischen Revolution in Iran 1979 ihre diplomatischen Kontakte abgebrochen.